Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

24.6.1864 (No. 147)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 24. Juni.

Nr. 147.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Für Frankreich abonnirt man bei Hrn. G. Alexandre in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

Amtlicher Theil.

Dienstnachricht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 17. d. Mts. Sich gnädigst bewogen gefunden, den Hofgerichts-Direktor Freiherrn von Stockhorn in Freiburg zum Vizekanzler des Oberhofgerichts zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

≅ **Frankfurt**, 23. Juni. Bundestags-Sitzung. Oldenburg hat heute seine Ansprüche an die Elbherzogthümer angemeldet, unter entschiedener Verwahrung gegen die Augustenburgischen Ansprüche und mit Vorlegung des Verzichtes des Kaisers von Rußland.

Berlin, 22. Juni. (W. T.-B.) Die „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt, daß Preußen den Vorschlag eines Schiedsrichterspruches in der Frage der Grenzbestimmung zurückgewiesen hat.

† **Berlin**, 23. Juni. Die ministerielle „Provinzialkorresondenz" schreibt: Wären die brittischen Vorschläge überhaupt annehmbar, so wäre das Schiedsrichteramt nur an den Kaiser der Franzosen zu übertragen, der durch sein Verhalten ein Anrecht auf eine solche Ehrenanerkennung erworben hat. Preußen halte jedoch daran fest, daß eine sichere Grundlage in Betreff der Entscheidung der Grenzfrage nur in dem Anhören der Bevölkerung liege. Der brittische Vorschlag scheine die Unterstützung Oesterreichs zu finden, um eine Betheiligung Englands an dem Kampfe abzuwenden; denn dieses habe erklärt, es werde bei einer Wiederaufnahme des Kampfes seine Flotte auf Seiten der Dänen stellen. Daher sei die Waffenstillstands-Frage diesmal von besonderer Bedeutung, weil es sich möglicher Weise um den Beginn eines europäischen Krieges handle. Während England eine Verlängerung der Waffenruhe erstrebe, wolle Preußen einen wirklichen längern Waffenstillstand mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist. Es sei zu hoffen, daß durch die Zusammenkunft der beiderseitigen Monarchen und ihrer Minister in der Waffenstillstands-Frage eine feste Einigung erzielt werde.

Kiel, 22. Juni. (W. T.-B.) Der Herzog wurde auf seiner Reise nach Dithmarschen allenthalben begeistert empfangen. In Heide Illumination und Fackelzug, in Lunden Begrüßung zahlreich erschienener Schleswiger.

London, 22. Juni, Abends 11 Uhr. (W. T.-B.) Die Konferenz wird vor nächsten Sonntag noch eine Sitzung halten. Preußen verwarf und Oesterreich nahm angeblich heute den Russell'schen Vorschlag der Entscheidung durch einen Schiedsrichterspruch an.

† **London**, 23. Juni. Die gestrige Sitzung der Konferenz dauerte drei Stunden. Alle Bevollmächtigten waren anwesend. Sie war resultatlos. Preußen, Oesterreich und Dänemark verwarfen das Schiedsgericht. Preußen und Oesterreich erklärten indeß, es anzunehmen, falls die Entscheidung sie nicht binde; was England aber ablehnte.

Nach der „Times" würde England wahrscheinlich nur die Inseln des eigentlichen Dänemarks gegen einen etwaigen Angriff schützen. Nächste Konferenzsitzung übermorgen.

Madrid, 22. Juni. (W. T.-B.) In der Abgeordnetenkammer beantwortete Hr. Pacheco eine Interpellation Molin's bezüglich des Konflikts mit Peru dahin: Das Geschwader im Stillen Meer werde verstärkt werden, und die Chincha-Inseln werden besetzt bleiben, bis die Meuchelmörder bestraft seien und die peruanische Regierung bewiesen habe, daß sie dem Attentat auf das Leben Mazarredo's fremd war.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Juni. (Aut. Korr.) Die geschäftsleitende Kommission des Sechsunddreißiger-Ausschusses hat gestern an den Bundesbevollmächtigten Frhrn. v. Beust in London die folgende telegraphische Mittheilung gerichtet: „Von 240 Schleswig-Holstein-Komitees ist bis heute Protest erhoben gegen jede eigenmächtige Theilung Schleswigs. Deutschland zieht die Opfer des Kriegs einem schimpflichen Frieden vor, welcher deutsche Städte dem Feind überliefert."

Stuttgart, 20. Juni. Man schreibt dem „Nürnb. Korr.": In der gestrigen Sitzung der Münchener Zollkonferenz wurden die zwischen Oesterreich und Bayern verabredeten Punktationen mit allen Stimmen gegen die der zwei genannten Staaten verworfen, und es haben in Folge Dessen die österreichischen Bevollmächtigten sofort um neue Instruktion in Wien telegraphisch angefragt.

Kissingen, 21. Juni, Nachts. Der Kaiser von Oesterreich ist heute um 8 Uhr Abends, geleitet von der Kaiserin, mit dem ersten Generaladjutanten F.M.L. Grafen Crenneville und dem Fürsten Hohenlohe von hier abgereist. Vor der Abreise Sr. Maj. fand eine förmliche Abschiedskur in den Anlagen statt. Prinz Karl von Bayern ist hier angekommen, der Herzog von Nassau abgereist. Auch Prinz Ludwig wird hier eintreffen. Fürst Gortschakoff machte gestern bei dem König von Bayern seine Aufwartung; König Ludwig bleibt in Kissingen in der Kur. Gestern wurde zu Ehren Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich ein Feuerwerk veranstaltet.

Kissingen, 22. Juni. (A. Z.) Der Großherzog von Weimar ist heute hier eingetroffen.

Dresden, 21. Juni. (Dresd. Journ.) Die Zweite Kammer nahm heute folgenden Vortrag der außerordentlichen Deputation für die schleswig-holsteinische Angelegenheit entgegen:

Seit acht Monaten ist eine Angelegenheit in den Vordergrund des politischen Lebens getreten, von solcher Wichtigkeit und solcher Tragweite, daß sie nicht nur für Deutschland zu einer Lebensfrage geworden ist, sondern daß auch von den Staaten, welche nicht unmittelbar dabei betheiligt sind, eine baldige Erledigung dieser brennenden Frage als dringende Nothwendigkeit anerkannt wird. Es ist die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Es dürfte unnöthig sein, weitläufig hier nochmals über eine Sache zu reden, die jedes deutsche Herz bewegt, mit der jeder deutsche Mann sich ernst und mit warmer Theilnahme beschäftigt hat, die täglich und stündlich in Wort und Schrift besprochen und erörtert ist. Wohl selten ist eine Angelegenheit so Eigenthum des Volkes geworden, so mit dessen heiligsten und höchsten Gütern, mit seinem Recht und seiner Ehre verwachsen, wie die schleswig-holsteinische Sache. Auf den Thronen, wie in den Hütten, in allen Kreisen des deutschen Volkes ist das Gefühl allein jetzt vorherrschend, daß das Recht und die Ehre Deutschlands in der schleswig-holsteinischen Sache gewahrt werden muß. Zeugen der allgemeinen Begeisterung für diese nationale Sache sind die Zusicherungen deutscher Fürsten, das Recht wahren zu wollen, sind die Beschlüsse und Anträge deutscher Volksvertretungen, welche mit Entschiedenheit sich wiederholt für die energische Wahrung des Rechts ausgesprochen haben, sind die unzähligen Stimmen, welche im engern und weitern Kreise, in Volksversammlungen und in der Presse nicht müde geworden sind, Das zu fordern, was unser ist, — unser ganzes volles Recht. Noch ernstere Zeugen aber sind hervorgetreten auf den Schlachtfeldern, wo deutsche Männer gekämpft haben für das Recht und die Ehre ihres Vaterlandes, und Alle, die gefallen sind, Alle, die ihr Blut vergossen haben für eine reine und edle Sache, — sie sind die Blutzeugen für das Recht Deutschlands und für die Freiheit eines lange unterjochten deutschen Stammes. Nur die beiden mächtigsten deutschen Staaten haben ihre Söhne in den Kampf gesandt; doch diejenigen deutschen Stämme, welche, wahrlich ohne ihre Schuld, nicht Theil nehmen konnten an dem Befreiungskampf, haben mit heißen Segenswünschen die österreichischen und preußischen Waffen begleitet; sie haben die gefallenen Braven betrauert als Brüder. Selbst der Unmuth, welchen das bisherige Verhalten der Regierungen Oesterreichs und Preußens bei den übrigen deutschen Stämmen mit Recht hervorgerufen hatte, ist in den Hintergrund getreten; das Unrecht, welches man ihnen dadurch zugefügt hatte, daß man sie fast gewaltsam zurückstieß von dem Wege, auf welchem sie ihren Brüdern in Schleswig-Holstein zu Hilfe kommen wollten, ist fast vergessen worden, und vor den Augen des ganzen deutschen Volkes steht hell und ungetrübt das Bild der Siege der deutschen Oesterreicher und Preußen. Doch jetzt nach diesen glorreichen Siegen unserer deutschen Brüder tritt fremde Anmaßung auf, um die Früchte dieser Siege dem deutschen Volk zu entreißen. Die Vorschläge, welche auf der Londoner Konferenz von England in Bezug auf die Theilung Schleswigs gemacht worden sind, verletzen das Recht und die Ehre. Ueberall in Deutschland erhebt sich die Stimme des Volks, um Protest einzulegen gegen solche Vorschläge, laut und energisch besonders aber in Schleswig selbst, welches kaum erst befreit ist von dänischer Herrschaft, die dort seit einer langen Reihe von Jahren vergebens alle Mittel der Gewalt und des Unrechts aufgeboten hat, um deutsche Sitte, deutsche Sprache und deutsches Recht zu vernichten. Unter den jetzt vorliegenden Verhältnissen hielt die Deputation, welche die Zweite Kammer für die schleswig-holsteinische Sache gewählt hat, es für ihre Pflicht, in Berathung zu treten, und ist zu dem Beschluß gekommen, der Kammer vorzuschlagen, folgende (bereits telegraphisch gemeldete) Erklärung in das Protokoll der heutigen Sitzung niederzulegen: „Die Ständeversammlung des Königreichs Sachsen erklärt, daß jede ohne die freie und unzweideutig ausgesprochene Zustimmung des Volks vorgenommene Theilung Schleswigs, welches ganz und ungetheilt ein Recht auf unzertrennliche Verbindung mit Holstein hat, eine schwere Rechtsverletzung sein würde, gegen welche jeder deutsche Stamm und jeder deutsche Staat entschieden protestiren und mit allen Mitteln ankämpfen muß." Ferner beantragt die Deputation: „Die Kammer möge beschließen, die heutige Erklärung in Gemeinschaft mit der Ersten Kammer mittelst Protokollextrakts an die hohe Staatsregierung gelangen zu lassen und dabei dieselbe zu ersuchen, dem Hrn. Staatsminister Frhrn. v. Beust eine Abschrift dieser Erklärung übersenden zu wollen." Dresden, 21. Juni 1864. Die außerord. Deputation für die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Georgi. Mammen, Referent. Oehmichen. Dr. Hertel. Günther. Sachße.

Staatsminister Dr. v. Falkenstein: Die Regierung sei gern bereit, wenn diese Erklärung der Ständeversammlung an sie gelange, dieselbe dem Bundesbevollmächtigten zu übermitteln. Ueber die Sache selbst, deren Wichtigkeit der Regierung wohl bewußt, könne er sich selbstverständlich jetzt nicht verbreiten; doch füge er die Versicherung hinzu, daß der Gesandte des Deutschen Bundes fortfahren werde, in echt deutschem Sinne bei der Londoner Konferenz zu wirken. Die Kammer trat ohne Debatte in namentlicher Abstimmung der beantragten Erklärung einstimmig bei, und schloß sich ebenso auch den übrigen Vorschlägen der Deputation an.

Hannover, 21. Juni. (Fr. J.) Die Forderungen der Regierung für den Küstenschutz sind, dem Vernehmen nach, heute in beiden Kammern bewilligt worden. Die Verhandlungen darüber waren vertraulich. In der Ersten Kammer stellte der Ritterschaftspräsident v. d. Decken den Antrag, man möge die Regierung ersuchen, nach Erledigung der Budgetberathung baldmöglichst eine Vertagung eintreten zu lassen. In Zweiter Kammer ward das neue Wahlgesetz in dritter Berathung angenommen. Bei der Schlußabstimmung begründete Dr. Ellissen sein zustimmendes Votum dahin, daß seine Zustimmung zur Aenderung des Wahlgesetzes nicht die Anerkennung der rechtsgiltigen Entstehung des jetzigen Verfassungszustandes überhaupt in sich schließe, wogegen Minister Windthorst erklärte, er stimme nur in der Hoffnung für den Entwurf, daß einige ihm nicht zusagende Modifikationen in den weiteren Verhandlungen wieder beseitigt würden. Den geäußerten allgemeinen Bemerkungen über die Ungiltigkeit der jetzigen Verfassung sprach der Minister jeden rechtlichen Effekt ab.

Hamburg, 22. Juni. Der schon erwähnte, von der „Berling. Ztg." gegen das „Dagblad" gerichtete Widerspruch sagt: Das einzig Wahre an der Angabe „Dagbladets" sei, daß während der letzten Staatsraths-Sitzung ein Schreiben des russischen Gesandten beim hiesigen Hof einging; alles Uebrige sei Erfindung, namentlich habe das Schreiben keine Depesche des Fürsten Gortschakoff enthalten. Die „Berling. Ztg." glaubt versichern zu können, daß der Baron v. Plessen vom König nicht berufen worden sei und keine russischen Vorschläge überbracht habe.

Hamburg, 22. Juni. Aus dem Text des bereits telegraphisch angedeuteten Artikels der „Berling. Ztg." vom 20. d. ist nachzutragen: Das einzige wahre Wort in dem widerlegten Artikel des „Dagblad" sei, daß während einer Staatsraths-Sitzung ein Schreiben des russischen Gesandten eingegangen sei; alles Uebrige sei Erfindung. Das Schreiben habe weder eine Depesche noch die Abschrift einer Depesche Gortschakoff's enthalten. Die „Berling. Ztg." glaubt versichern zu können, daß Baron Plessen nicht von dem König berufen worden sei, auch keine Vorschläge einer auswärtigen Macht überbracht habe.

Berlin, 21. Juni. Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt:

Sehen wir uns das Schreckgespenst der englischen Flotte näher an, erinnern wir uns an die Campagne, welche diese Flotte im Jahr 1855 in der Ostsee ausführte, und vergessen wir nicht, daß diese so pomphaft mit dem Schleifen der Enterbeile angekündigte Unternehmung eben zu keinem weitern Resultat führte, als — — die Enterbeile wieder einzustecken. Gewöhnen wir uns daher immer an den Gedanken, daß die englische Flotte unsere Häfen blokire, und warten wir ruhig ab, was geschehen wird. Schon neulich wiesen wir auf den Aufschwung der maritimen Entwicklung hin, den Frankreich während einer solchen Periode nehmen würde, und — was nicht zu übersehen — in derselben Zeit, in welcher Frankreich mit Riesenschritten vorwärts schreitet, würde der englische Handel um das Gleiche zurückgehen; ganz abgesehen von der englischen Fabrikation. Nein, mögen die englischen Staatsmänner diese Maßregel, mit welcher man schon so lange droht, in Ausführung bringen; — nach einem Jahr, kaum so lange — wird England nichts weiter erreicht haben, als seine Ohnmacht zu konstatiren; es wird sich besiegt erklären, weil es die Waffe, mit der es uns bedroht, tief in seinem eigenen Fleisch fühlen wird. Dänemark aber wird durch diese Unterstützung Englands gänzlich zu Grunde gerichtet sein. Dies ist das Schicksal, welchem England nothwendig entgegengeht. Um es zu vermeiden, gibt es nur Einen Weg, und dies ist der gründliche Bruch mit diesem System, welches England seit 35 Jahren verfolgt, diesem System, seinen Einfluß in Europa nicht durch die eigene Macht zu behaupten, sondern durch die Verlegenheiten, die es den andern Staaten bereitet. Will England dies System aufgeben, dem es seine gegenwärtige Lage verdankt, so würde der erste Schritt dazu allerdings der sein, daß es, mit Hintenansetzung aller überflüssigen Bedenken, die einzig richtige Demarkationslinie zwischen Deutschland und Dänemark unterstütze, und das ist diejenige, welche, indem sie den Wünschen der deutschen Bevölkerung entspricht, die meisten Garantien dafür bietet, dauernde Zustände zu schaffen, solche, die nicht von vornherein wieder den Keim innerer Verwicklungen und einen neuen Krieg in sich bergen.

Die Stärke der zur Zeit in den Herzogthümern und in Jütland stehenden preußischen Truppen kann bei 54 Garde- und Linienbataillonen (wovon das 6., 48. und 52. Regiment gegenwärtig noch in Holstein stehen), 2 Jäger- und 2 Pionierbataillonen, 14 Feldbatterien und 7 Batterien Festungsartillerie, 3 Krankenträger-Kompagnien, 7 Kavallerieregimentern mit 29 Eskadronen auf mindestens 60,000 Mann veranschlagt werden.

Der Kaiser von Rußland verläßt, wie der „Nat.-Ztg." mitgetheilt wird, am 7. Juli Kissingen, begibt sich von dort zum Besuch an den großh. Hof nach Weimar, und kommt alsdann nach Berlin, setzt aber nach einem nur kurzen Aufenthalte die Reise nach St. Petersburg fort. Im Herbst wird der Kaiser längere Zeit mit seiner Gemahlin am hiesigen Hof zum Besuch verweilen und auch dem großen Manöver beiwohnen, welches alsdann vom Gardekorps und dem 4. Armeekorps ausgeführt werden soll. — Fürst Gortschakow wird Mitte Juli wieder hier eintreffen, zu welcher Zeit auch der Ministerpräsident v. Bismarck auf einige Tage von Karlsbad hier anwesend sein wird. Die Kaiserin von Rußland wird sich nach beendigter Kur in Kissingen zur Nachkur nach der Schweiz begeben. — Der Kriegsminister v. Roon wird sich übermorgen zu Sr. Maj. dem König nach Karlsbad begeben. — Auf der Hamburger Bahn traf heute Nachmittag ein Transport von etwa 90 leicht Verwundeten hier ein, welche in das Lazareth nach Brandenburg abgingen. — Kopenhagener Blätter erwähnten, daß den General v. d. Mülbe in Jütland der Unfall betroffen habe, mit dem Wagen umgeworfen zu werden. Wie die „Kreuzztg." hört, befindet sich der General, der nur einige unerhebliche Verletzungen davongetragen, wieder vollkommen wohl.

Berlin, 22. Juni. Die „Kreuzztg." schreibt: Oldenburg hat seine Erbansprüche (auf Holstein) bereits früher bei den großen Höfen angemeldet; ebenso jetzt — nach der russischen Cession — bei der Konferenz, und wird dasselbe auch beim Bunde thun. Wie man übrigens aus Kissingen erfährt, ist dort am 18. Juni der Staatsakt unterzeichnet worden, durch welchen der Kaiser von Rußland seinem Anspruch auf den Gottorp'schen Antheil Holsteins zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg entsagt. Das Aktenstück soll außer von den beiden Souveränen auch noch von dem russischen Vizekanzler, Fürsten Gortschakoff, und dem Geh. Rath Baron Jomini und andererseits von dem oldenburgischen Staatsminister Hrn. v. Rössing und dem Kabinetschef Baron v. Beaulieu-Marconnai unterzeichnet und die Urkunde von dem oldenburgischen Geh. Archivrath Dr. Leverkus abgefaßt worden sein.

Karlsbad, 21. Juni. (A. Ztg.) Die Minister Graf Rechberg und v. Bismarck hielten gestern eine längere Konferenz wegen der Schlichtung der schleswig-holsteinischen Frage. Hr. v. Bismarck soll auf äußerste Festigkeit der dänischen Arroganz gegenüber bestanden, und der Graf Rechberg ihm zuletzt vollkommen hierin beigepflichtet haben. Auch mit dem französischen Botschafter in Wien, dem Herzog v. Gramont, haben beide Ministerpräsidenten eine längere Unterredung gehabt, in Folge dessen Letzterer noch am Abend Depeschen nach Paris absandte. — Der König von Preußen promenirte gestern längere Zeit im eifrigen Gespräch mit dem von Wien hieher beorderten preußischen Gesandten am Wiener Hof. Der König hat sich schon viele hier anwesende österreichische Offiziere verschiedener Grade vorstellen lassen, und sich auf das freundlichste mit ihnen unterhalten, wie denn überhaupt das jetzige gute Einvernehmen zwischen Oesterreich und Preußen bei jeder Gelegenheit hier sehr sichtbar hervortritt.

Karlsbad, 22. Juni, Mittags. (W. T.-B.) Der Kaiser Franz Joseph ist von Eger hier eingetroffen. Der König Wilhelm machte ihm in Begleitung des Hrn. v. Bismarck und seines militärischen Gefolges sofort einen Besuch, den der Kaiser erwiederte. Um 2 Uhr ist Tafel beim König.

Italien.

* **Rom**, 18. Juni. Auf die kurze Beglückwünschung, welche am 17. Juni, Jahrestag der Thronbesteigung Pius IX., Kardinal Mattei an den Papst richtete, erwiederte dieser mit fester Stimme, „daß er eine lebhafte Freude empfinde, sich inmitten der versammelten Kardinäle zu befinden, daß, Dank dem Schutz der Vorsehung, der heil. Stuhl sicher glücklich die schlimmen Zeiten passiren werde, daß es Prinzipien der Gerechtigkeit und der Wahrheit gäbe, die da seien, wie der Polarstern, und daß man, wenn man ihnen folge und sie zum Führer nehme, nicht verfehlen werde, nach dem Sturm den Hafen zu erreichen."

Frankreich.

* **Paris**, 22. Juni. Der „Abend-Moniteur" schreibt: „Die durch Privattelegraphie eingegangenen Depeschen melden, daß der von Graf Russell vorgebrachte Vorschlag der letzten Sitzung der Londoner Konferenz der Gegenstand von Unterredungen zwischen dem König von Preußen, dem Kaiser von Oesterreich und den Ministern dieser Fürsten, die augenblicklich in Karlsbad versammelt sind, gebildet haben. Die beiden deutschen Fürsten hätten beschlossen, die guten Dienste einer befreundeten Macht unter der in einem Protokoll des Pariser Kongresses (von 1856) ausgesprochenen Form anzunehmen; aber sie knüpfen an diese Annahme Bedingungen, die das Kopenhagener Kabinet nicht unterschreiben kann, wenn es nicht von der Haltung ablassen will, die es bis jetzt beobachtet hat, sowie von den Klauseln, aus denen es sein Ultimatum macht."

Dasselbe Blatt hat Nachrichten aus Mitteldeutschland erhalten, denen zufolge eine Lösung der dänisch-deutschen Frage auf Grund der Volksabstimmung immer günstiger beurtheilt wird. Es gebe sich sogar eine gewisse Gereiztheit gegen Oesterreich zu erkennen, dem man „feindliche Bestrebungen gegen die nationalen Bestrebungen Deutschlands" vorwerfe.

Vorgestern Abend 6 Uhr kam der österreichische Gesandte, Fürst Metternich, in Fontainebleau an, wo er von dem Kaiser und der Kaiserin, die ihn erwarteten, im sog. Brunnenhof persönlich empfangen wurde. Hr. Drouyn de Lhuys und der Minister des Innern, Hr. Boudet, begaben sich heute nach Fontainebleau. Freitag Abend soll Se. Majestät nach Paris kommen, um Samstag dem Ministerrath in den Tuilerien zu präsidiren. Gegen den 9. Juli will der Kaiser nach Vichy in's Bad reisen. — Der Staatsminister Hr. Rouher erstattete dem Kaiser einen ausführlichen Bericht über seine Thätigkeit, seine Arbeiten und seine Erfolge während der Gesetzgeb. Session; Hr. Rouher schloß mit Betonung der Nothwendigkeit, künftig inniger in die Gedanken Sr. Majestät, namentlich hinsichtlich der auswärtigen Politik, eingeweiht zu sein. Der Kaiser erwiederte in einem Schreiben, aus welchem hervorzugehen scheint, daß dieser Wunsch keine besondere Aussichten hat.

Die wegen eventueller Einführung der Chèques eingesetzte Kommission hielt heute ihre dritte Sitzung; sie hat bereits den Gouverneur der Bank, die Direktoren des Diskontir-Comptoirs u. s. w. gehört. — Der Herzog von Talleyrand-Périgord hatte seinen Anwalt, Hrn. Destrez, zum Universalerben eingesetzt. Da dieser auf das Vermächtniß verzichtete, so fällt dasselbe — mehr als 1 Million —, einer Klausel des Testaments entsprechend, an die Pariser Spitäler. — Berichte aus Mexiko melden den Tod des P. Miranda. Derselbe war einer der wenigen Männer, in welchen der neue Kaiser eine Stütze hätte finden können. — Börse. Die erste Londoner Notirung kam mit 3/8 Baisse; sofort fiel Rente auf 65.75, Mobilier auf 1027, spanischer auf 596, und ital. Anl. auf 69.50. Nach einem vorübergehenden Aufschwung durch Rückkäufe bleibt man 65.85 und 1042. Alle Werthe angeboten.

Dänemark.

Kopenhagen, 19. Juni. (Nat.-Ztg.) Die auf Grund prinzipieller Meinungsverschiedenheiten zwischen dem König von Dänemark und seinem Ministerium entstandenen Differenzen bestätigen sich. Der bisherige Gesandte am Hof zu St. Petersburg, Baron O. Plessen, welcher kürzlich hier eingetroffen ist, soll den Auftrag erhalten haben, die Bildung eines neuen Ministeriums mit gesammtstaatlicher Tendenz zu versuchen; ob ihm Solches gelingen wird, muß jedoch bei dem großen Einfluß, den die eiderdänische Partei noch immer auf den größten Theil der hiesigen Bevölkerung ausübt, stark bezweifelt werden. Es wäre jedenfalls ein heroisches Mittel, und dürfte statt der, uns jedenfalls unmöglich erscheinenden Wiedervereinigung der deutschen Herzogthümer mit dem dänischen Reich den Untergang der jetzt herrschenden Dynastie zur Folge haben.

Ueber die Veranlassung zu der Ministerkrisis erfahre ich von zuverlässiger Seite Folgendes: In der Geheimen-Staatsraths-Sitzung, welche Donnerstag den 16. stattgefunden hat, empfing der König durch den hiesigen russischen Gesandten, Baron Nicolai, die Abschrift einer Depesche des Fürsten Gortschakow, in welcher Rußland sich bereit erklärt, für die Aufrechthaltung der Integrität der dänischen Monarchie und für die Erbfolge des Königs Christian IX. einzutreten, unter der Bedingung der Vereinigung der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu einem selbständigen Staat, welcher nur durch die Personalunion mit dem Königreich Dänemark verbunden bleiben sollte. Auf Grund dieser Depesche äußerte der König, welchem sich der Kronprinz anschloß, daß die Theilung Schleswigs keine befriedigende und erreichbare Lösung der schwebenden Frage herbeiführen würde, und daß er gesonnen sei, den russischen Vorschlag anzunehmen. Die Minister erklärten dagegen mit Entschiedenheit, daß sie nicht im Stande seien, die Verantwortung für eine solche Politik zu übernehmen, daß sie überhaupt auf diese Vorschläge weder eingehen könnten, noch wollten, und daß es ihnen unmöglich sei, zu deren Durchführung die Hand zu bieten. Eine Entscheidung wurde nicht herbeigeführt, und mit Spannung sieht man der auf morgen angesetzten Geheimen-Staatsraths-Sitzung entgegen, in welcher es sich zeigen wird, ob der König auf seiner Ansicht besteht, in welchem Fall die Entlassung des Ministeriums erfolgen müßte. Diese Ministerkrisis dürfte auch Veranlassung sein, daß die Bevollmächtigten Dänemarks auf der Konferenz bis jetzt noch ohne nähere Instruktionen verblieben sind.

Kopenhagen, 20. Juni. (Nat.-Ztg.) Die heutige Meldung „Dagbladets", daß sowohl der König wie der 21jährige Kronprinz Frederik in der letzten Staatsraths-Sitzung nach der von Hrn. Otto v. Plessen übermittelten Idee des St. Petersburger Kabinets im Interesse der Aufrechterhaltung der Integrität der Monarchie und der Wahrung der dänischen Erbfolge die Durchführung der Personalunion befürwortet, hat hier so große Aufregung hervorgerufen, daß die Regierung sich jedenfalls genöthigt sehen wird, Besänftigungsmittel aufzubieten, um naheliegende Volksbewegungen im Keim zu ersticken. „Dagbladet" bemerkt zu seiner Mittheilung: Die Lage sei sehr ernst und der von ihnen (Baron v. Plessen) unterstützte russische Einfluß bedrohe sowohl das Land als auch die Krone. Eine schleswig-holsteinische Lösung werde das dänische Volk niemals hinnehmen, sondern nur durch Zwang der Gewalt und Uebermacht weichen. Das Volk sei berechtigt zu einem nationalen Dasein, welches nur in Gemeinschaft mit der dänisch fühlenden und dänisch redenden Bevölkerung Schleswigs gedacht werden könne. Die Eider, höchstens das Dannewerk, sei die geschichtliche und staatsrechtliche Südgrenze Dänemarks und die Krone dürfe nicht, um ein größeres Gebiet zu gewinnen, das Recht der Nation beeinträchtigen. Der König sei da des Landes und des Volkes wegen. Jedes Ministerium, welches eine schleswig-holsteinische Lösung versuchen wolle, werde auf allen Punkten und bei allen Parteien auf einen so nachdrücklichen Widerstand stoßen, daß es sehr bald wieder vom Schauplatz verschwinden werde. Die alleinige getreue Stütze des Königs sei das dänische Volk, und der König möge es sich wohl überlegen, diese einzige Stütze nicht einzubüßen, etwa durch schließliche Gutheißung der schlauen und um deßwillen so gefährlichen russischen Vorschläge. Da es aber den Anschein habe, daß der König das nationale Programm aus dem Auge verliere, sei es die Pflicht der Nation, auf das kräftigste und unzweideutigste gegen jede Geneigtheit, für das Erbrecht des Königs in schleswig-holsteinischen Einräumungen Schutz zu suchen, zu protestiren. Es müsse in Adressen der König vor einer Personalunion ausdrücklich gewarnt werden. — Nach Allem dürften sowohl O. v. Plessen, sowie dessen Bruder, Graf Wulff-Scheel-Plessen in Stockholm, ihre Gesandtschaftsposten sehr bald verlieren, da Beide gesammtstaatlich gesinnt sind. — Der schleswig'sche Minister, Kammerherr Johansen, hat sein Reichsraths-Mandat niedergelegt. „Dagbladet" ist darüber sehr entrüstet und macht den Ministerpräsidenten Monrad mitverantwortlich für die unpatriotische Handlungsweise seines Kollegen. Ein nationales Ministerium dürfte kein so pflichtvergessenes Mitglied besitzen und es sei deßhalb Hr. Johansen, der sich als Minister schon lange überlebt, sofort zum Ausscheiden zu veranlassen. Auch der nordschleswig'sche Hofbesitzer Kammerrath Juhl zu Hjerndrup hat sein Reichsraths-Mandat niedergelegt.

Kopenhagen, 20. Juni. Die von der „Berling. Ztg." für unwahr erklärte Angabe des „Dagblad" lautet:

In der Staatsraths-Sitzung vom 16. Juni empfing der König die Abschrift einer Depesche des Fürsten Gortschakoff an den hiesigen russischen Gesandten, in welcher Rußland seine Unterstützung anbietet für eine Ordnung, welche die Integrität des Reichs und die Erbfolge des Königs erhalte, indem sie die Vereinigung der Herzogthümer im Verbande mit dem Königreich bedinge. Der König erklärte dem versammelten Ministerium, er betrachte die Theilung Schleswigs nicht als eine annehmbare oder erreichbare Lösung, wogegen er Rußlands angedeuteten Weg anzunehmen wünsche. Der Kronprinz stimmte bei. Das Ministerium sprach sich bestimmt und ohne Vorbehalt gegen die Anschauung des Königs aus, für dessen Durchführung solches die Verantwortung weder übernehmen wolle noch könne. In Folge hiervon sind bisher noch keine Instruktionen nach London abgegangen. Wahrscheinlich versucht man in diesen wenigen Tagen auf Grundlage dieses russischen Programms ein Ministerium zu bilden.

Rußland und Polen.

Warschau, 20. Juni. (Nat.-Ztg.) Die Bauernkommissionen haben einstweilen ihre Arbeiten sistirt. Obgleich der offizielle „Dziennik" Dem widerspricht, ist Dies thatsächlich richtig. Man hat sich denn doch überzeugt, daß sich auf solche Art kein kaiserl. Ukas ausführen läßt. Doch ist durch das ungeschickte Verfahren der Kommissionen schon viel Unheil angerichtet worden. Die Bauern sind so anspruchsvoll geworden, daß es viele Mühe kosten wird, ihnen begreiflich zu machen, daß die Regierung den Kommunismus, der sich bei ihnen festzusetzen beginnt, weder begünstigen, noch dulden darf. Vor wenigen Tagen wurde die Polizei wieder durch ein Lebenszeichen der Nationalregierung alarmirt. Ein vom Ausland zurückgekehrter Rechtsanwalt erhielt den Besuch eines Steuereinnehmers der Nationalregierung, der ihn aufforderte, den rückständigen Betrag von 15,000 fl. zu zahlen. Diese Forderung wurde natürlich sehr höflich, aber fest abgelehnt, und der Advokat fand es für angemessen, dem Generalpolizeimeister Trepow diesen Vorfall anzuzeigen. Die Folge davon war, daß der unvorsichtige Rechtsgelehrte, der übrigens bei den Russen eine beliebte Persönlichkeit ist, dafür, daß er den nationalen Steuereinnehmer nicht festgehalten und der Polizei überliefert hat, zu einer Geldstrafe von 15,000 fl. und 15 Tagen Arrest verurtheilt worden ist. Alle Reklamationen waren fruchtlos.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 18. Juni. (Nat.-Ztg.) Das französische Marineministerium bezieht Stahlprojektile und Panzerplatten aus Schweden. Beide waren bereits an Bord des nach Lübeck bestimmten Dampfschiffes „Gustav Adolf" gebracht, um über Lübeck und Hamburg nach Dünkirchen versandt zu werden, als die Zollbehörde, in den Effekten Kriegscontrebande erkennend, die Absendung auf indirektem Wege durch Deutschland untersagte. In Folge dessen mußte gestern, obwohl der von Seiten der französischen Regierung vorgeschriebene Beförderungsweg nachgewiesen werden konnte, die Ladung von dem Dampfschiff wieder ans Land gebracht werden, um jetzt direkt nach Frankreich verschifft zu werden. Die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen nach Deutschland wird also von der Regierung weder direkt noch indirekt gestattet.

Großbritannien.

London, 20. Juni. Man schreibt der „Köln. Ztg.": „Noch ist die Hoffnung auf eine friedliche Lösung vermittelst der Konferenz nicht ganz aufzugeben, aber daß sie mit jedem Tage schwächer wird, kann nicht in Abrede gestellt werden. Alles, was über die letzte Sitzung verlautet, deutet darauf hin, daß das Friedenswerk durch sie nicht wesentlich gefördert worden ist. Abgesehen davon, daß der Ton der dänischen und deutschen Bevollmächtigten ein sehr gereizter gewesen sein soll (vom Grafen Apponyi ist hier nicht die Rede, denn bei diesem kann eben so wenig wie bei Lord Clarendon von erbitterten Ausdrücken je die Rede sein), beweist der Umstand, daß Lord Russell jetzt wirklich die Schlichtung einem Schiedsrichter anzuvertrauen vorschlug, schon an und für sich, daß die Neutralen am Ende ihrer Vermittlungsvorschläge angelangt sind. Sagt doch ein derartiger Vorschlag im Grunde wenig mehr, als daß die neutralen Konferenzmächte die Ohnmacht ihrer eigenen Vermittlungsgedanken eingestehen und die Last der Verantwortung einem Andern zuwälzen möchten. Lord Russell dachte ohne Zweifel dabei an den König von Belgien, oder an den König von Holland, während Frankreich und Rußland vermuthlich an Niemanden dachten, da die Annahme eines Schiedsgerichts weder von deutscher noch von dänischer Seite wahrscheinlich ist und der Gedanke daher kaum weiteres Nachdenken lohnt. Er ist anstandshalber ad referendum genommen worden, und darauf soll sich das Ergebniß der ganzen langen Sitzung beschränkt haben, von der unser „Observer" und die „Oesterreichische Konstitutionelle Zeitung" sagen, daß sie freundlichere Aussichten auf eine friedliche Vereinbarung erschlossen habe. Es stimmt diese Auffassung durchaus nicht mit der anderer Quellen, und so lange sie nicht eingehender motivirt ist, müssen wir an der Behauptung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

festhalten, daß die Lage heute eben so kritisch ist, wie am Samstag Vormittag, ja noch kritischer, da die Galgenfrist sich ihrem Ende naht. Den schiedsrichterlichen Vorschlag betreffend, ist zu erwähnen, daß Russell den Namen der eventuell zum Schiedsrichter zu erkürenden gekrönten Persönlichkeit auch nicht im entferntesten angedeutet hat, sondern vorerst nur das Prinzip des Schiedsrichterthums angenommen wissen wollte. Besagtes Prinzip wurde dann schließlich ad referendum genommen, und erst, wenn bis zum Mittwoch die betreffenden Antworten aus Berlin, Kopenhagen, Wien 2c. eingetroffen sind, will er zur Personenfrage übergehen, die am Ende doch mit das Wichtigste ist.

Daß die Konferenz sich vorgestern volle vier Stunden mit dieser todtgebornen Idee beschäftigt haben sollte, hieße den Mitgliedern derselben Unrecht thun. Es wurden vielmehr noch andere Anträge bezüglich der Grenzlinie gestellt, welche kraus durch einander liefen und viel mehr zur Verwirrung als zur Klärung der Lage beigetragen haben mochten. Auch von der Personalunion ist wieder einmal die Rede gewesen, und zwar auf Rußlands Anregung. Baron Brunnow schlug nämlich Herstellung eines selbständigen Staats Schleswig-Holstein, verbunden durch Personalunion mit Dänemark unter König Christian, vor, der als Oberhaupt der vereinigten Herzogthümer in den Deutschen Bund eintreten solle. Aehnliches ist früher schon dagewesen, ohne Anklang gefunden zu haben; doch wurde auch dieser Vorschlag ad referendum genommen. An Referaten ist somit kein Mangel; was jedoch auf diesem Wege gewonnen werden kann, ist schwer einzusehen. Dänemark hält hartnäckig an der Schlei-Linie als an seinem Ultimatum fest, und die Kopenhagener Regierung geht angeblich mit dem Gedanken um, ein Rundschreiben an alle Höfe zu erlassen, worin sie erklärt, Holstein und das südliche Schleswig bis zur Schlei unter keinen Umständen wieder zurücknehmen zu wollen, selbst dann nicht, wenn es ihr angeboten würde. Denn sie habe das Prinzip der Nationalitätsberechtigung nun einmal anerkannt und halte sich durch ihre Annahme des neutralen Vermittlungsvorschlags für gebunden. Die Pflicht der Neutralen sei es nun, ihrem Vermittlungsantrag den deutschen Mächten gegenüber Geltung zu verschaffen; Dänemark habe gethan, was von ihm gefordert worden sei, und mehr könne von ihm billiger Weise nicht verlangt werden. Es ist dies genau die Sprache, welche die Dänen seit dem 2. Juni auf der Konferenz führen. Wissen sie doch gar zu gut, daß sie von der Versuchung, Holstein und Südschleswig zurückzunehmen, für alle Zeiten verschont bleiben werden! „Daily News" und auch die „Morning Post" melden unter Anderm, die deutschen Mächte hätten mit Ausgabe von Kaperbriefen gedroht, wofern Dänemark nach Ablauf der Waffenruhe wieder zur Blokirung der Ostseehäfen schritte. Ob diese Drohung nicht bloß gesprächsweise hingeworfen worden ist, und ob sich ihr auch Oesterreich angeschlossen hat, wird nicht gesagt. Politisch klug war sie auf keinen Fall; denn durch eine derartige Maßregel würde der englischen Regierung ihre Aufgabe, neutral zu bleiben, um ein gut Theil erschwert werden, insofern den deutschen Mächten der Vorwurf gemacht werden würde, daß sie nicht nur den Londoner Vertrag über Bord geworfen, sondern sich auch von dem Pariser, die Privatkaperei betreffenden Uebereinkommen losgesagt hätten. So viel über die Samstag-Sitzung.

Was die Lage der Dinge im Kabinet betrifft, so ist sie so ziemlich die alte: die Majorität, mit Gladstone und Milner Gibson an der Spitze, will von einer kriegerischen Betheiligung Englands nichts wissen, und wenn der Premier sich zu einer kriegerischen Politik entschließen sollte, müßte er sich — wenn ihm sonst nichts im Weg steht — zu einer vollständigen Reorganisation seines Kabinets bequemen. Das Parlament aber scheint, je näher die Gefahr eines Bruches mit Deutschland heranrückt, desto besonnener zu werden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird es in den nächsten Sitzungen eher ab- als aufwiegeln. Einzelne, die bisher kriegslustig thaten, sind stutzig geworden, seit Lord Russell von der Dienstbereitschaft der Flotte sprach, und ich kenne Manchen, der seitdem gewaltig nachdenklich geworden ist. Mögen immerhin die Feindseligkeiten am 27. Juni wieder beginnen, und mag die Lage heute noch so kritisch sein, das Eine ist doch sehr unwahrscheinlich, daß England sich sofort zum Bundesgenossen Dänemarks erklärt, und ganz bestimmt unwahr ist das heute kolportirte Gerücht, die Flotte habe Befehl, nach Ablauf der Waffenruhe sofort in die Ostsee einzulaufen. Dagegen können Sie eine andere Neuigkeit als verbürgt betrachten, die nämlich, daß Lord Russell zum zweiten Mal in Paris wegen einer gemeinschaftlichen Intervention angeklopft und zum zweiten Mal einen Korb erhalten hat. So geschehen am Samstag den 18. d."

London, 21. Juni. Parlamentsverhandlungen vom 20. Juni.

Unterhaussitzung. Disraeli fragt, ob der preußische Gesandte in der letzten Sitzung der Konferenz die ihm zugeschriebene Aeußerung, daß, falls die Blokade der deutschen Häfen fortdauern sollte, die deutschen Mächte sich in Bezug auf die Ausstellung von Kaperbriefen nicht mehr durch die Pariser Konvention gebunden halten würden, wirklich gethan habe; ob, falls die Verhandlungen der Konferenz am Mittwoch abgebrochen, die Feindseligkeiten am 26. sofort wieder beginnen würden, und ob, wenn die Konferenz, gleichviel unter welchen Umständen, am Mittwoch ihre Thätigkeit einstelle, die Regierung dem Hause die Konferenzprotokolle so bald wie möglich vorlegen werde? In Abwesenheit Lord Palmerston's ersucht der Schatzkanzler den Interpellanten, seine Fragen für die nächste Sitzung schriftlich anzukündigen, wo dann ihre Beantwortung erfolgen werde. Disraeli erwiedert, er halte das keineswegs für nöthig, glaube vielmehr bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge vollkommen berechtigt zu sein, besagte Fragen ohne förmliche Ankündigung zu stellen. B. Osborne: Obgleich ich sehr wohl einsehe, wie wenig wünschenswerth es in dem gegenwärtigen Augenblick ist, eine Diskussion zu veranlassen, so möchte ich doch, indem ich daran zurückdenke, wie wir in den Krieg mit Rußland hineintrieben, und indem ich das Dringliche der Lage fühle und den sehr gefährlichen Abgrund sehe, an dessen Rande das Land steht, irgend ein Mitglied der Regierung fragen, welche Bedeutung wir einer gewissen, auf die Dienstbereitschaft der Flotte gethanen Aeußerung beizulegen haben. Ist sie eine jener müßigen Drohungen, die an einem andern Orte nur zu häufig ausgestoßen worden sind, oder ist in ihr die ernstliche Absicht ausgesprochen, die selbstmörderische Handlung zu begehen, daß man England in einen Krieg mit Deutschland stürzt? Wir müssen genau wissen, wie die Dinge liegen, damit wir nicht von Tag zu Tag tiefer in einen Zustand hineingerathen, der uns in einen Krieg verwickeln kann, dessen Ende kein Mensch abzusehen vermag. Der Schatzkanzler lehnt die Beantwortung der Fragen ab. Mittlerweile tritt Lord Palmerston ein, wird von den an die Regierung gestellten Interpellationen in Kenntniß gesetzt, und antwortet, wie folgt: Mein edler Freund, der Staatssekretär des Auswärtigen, ward gefragt, ob die brittische Flotte im Stande sei, etwas zu thun (Nein! nein!), oder irgend wohin zu segeln. Osborne: Ob sie bereit sei, in die Ostsee zu segeln. Lord Palmerston: Nun, ich antworte mit den Worten des Herzogs von Wellington, daß sie bereit ist, überall hin zu segeln. (Oh, oh!) Ich glaube, die brittische Flotte ist vollkommen im Stande, jeden von ihr verlangten Dienst zu leisten. Von einer bestimmten Dienstleistung ist dabei nicht die Rede. Ich sage nur im Allgemeinen, daß, was auch immer für Ereignisse eintreten mögen, man die brittische Flotte gerüstet finden wird. Was die Vorgänge auf der Konferenzsitzung vom Samstag oder auf irgend einer frühern Sitzung angeht, so möchte ich mich darüber nicht gern aussprechen, indem verabredet worden ist, daß die Konferenzverhandlungen geheim gehalten werden sollen. (Heiterkeit.) Leider sind manche Gerüchte über die Vorgänge auf der Konferenz in Umlauf gesetzt worden; allein begreiflicher Weise besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen einer in Folge eines Vertrauensbruchs — gleichviel, wer sich desselben schuldig gemacht haben mag — gethanen Aeußerung und einer Aeußerung, die ein Minister der Krone in diesem Hause thut, die als authentisch zu betrachten ist und zu Diskussionen Anlaß gäbe, welche besser vermieden werden. Was die Frage betrifft, ob die Feindseligkeiten wieder eröffnet werden, wenn die Mittwochskonferenz kein günstiges Ende nimmt, so kann ich nur sagen, wie die Dinge gegenwärtig stehen. Die Waffenruhe läuft, wenn ich nicht irre, am Sonntag ab, und wenn bis dahin kein neues Abkommen getroffen wird, wenn die Kriegführenden sich nicht über einen zur Wiederherstellung des Friedens geeigneten Vergleich oder über die Grenzlinie geeinigt haben und die Waffenruhe nicht verlängert worden ist, so werden natürlich bei deren Ablauf die Feindseligkeiten wieder beginnen. Wenn die Verhandlungen der Konferenz vorüber sind, so wird es ohne Zweifel die Pflicht der Regierung Ihrer Majestät sein, dem Hause die Konferenzprotokolle so bald wie möglich vorzulegen. Mehr als ein paar Tage, vom Schluß der Konferenz an, werden wohl nicht verstreichen, bis das geschehen kann. Bright meint, es würde sehr wünschenswerth sein, wenn der Premier sich darüber aussprächе, ob es wahrscheinlich sei, daß die Konferenz zum Frieden führen werde. Lord Palmerston: Ich finde es sehr begreiflich, daß das Haus Alles zu erfahren wünscht, was sich auf die Aufrechterhaltung des Friedens bezieht. Leider muß ich sehr bedauern, daß mir die Zunge gebunden ist, und ich daher nur die Versicherung wiederholen kann, daß die Regierung unablässig bemüht ist, die Kriegführenden zu einem Vergleich zu vermögen, und wenn uns das nicht gelingt, so werden wir hoffentlich im Stande sein, zu zeigen, daß die Schuld nicht an uns lag.

* **London**, 21. Juni. Die lebhafte und stellenweise sehr zwanglose Konversation, die gestern im Hause der Gemeinen stattgefunden hat, zeigt von der ungewöhnlichen Spannung, mit der man dem Ende der Konferenz und vielleicht auch des Ministeriums entgegensieht. „Morn. Post" wiederholt ihren ewigen Refrain, daß das Possenspiel der Konferenz den Wiederausbruch des Krieges nicht hindern könne, und daß England ganz sicherlich in diesem Krieg eine thätige Rolle spielen werde. Der Vorschlag eines Schiedsgerichts habe nicht die entfernteste Aussicht auf Erfolg. Man habe davon gesprochen, die Kaiser von Frankreich und Rußland zu Schiedsrichtern zu ernennen; aber die politischen Zwecke, welche die beiden Souveräne im Norden verfolgen, seien miteinander so im Streit, daß es kaum möglich sei, zu sehen, wie sie sich einigen könnten. Eben so gut könnte man den König von Dänemark und den Herzog von Augustenburg als Schiedsrichter vorschlagen. In Berlin scheine man den Vorschlag nicht annehmen zu wollen.

Obwohl im Allgemeinen auf das Prinzip schiedsrichterlicher Entscheidung wenig Vertrauen setzend, erklärt die „Times" sich doch in dem vorliegenden speziellen Fall mit der Anwendung dieses Auskunftsmittels einverstanden, indem die zu lösende Frage eine Frage des Details sei und der Streit sich nur um die Nationalität und die Sprache gewisser Bezirke drehe, Punkte, die sich durch sorgfältige Untersuchung leicht feststellen ließen. Nachdem dies geschehen, seien dann die Bezirke dem Resultat gemäß abzutheilen. Daß irgend eine Regierung wegen der Frage, was mit einem streitigen Landstrich gemischter Bevölkerung von so kleinem Umfang anzufangen sei, die Chancen des Krieges dem Ausspruch eines unparteiischen Schiedsrichters vorziehen sollte, sei kaum anzunehmen. Sollte aber das frühere Auftreten und die jetzige Stimmung des vom Kriegsfieber heimgesuchten preußischen Volkes — denn die Annahme eines friedlichen Auskunftsmittels hänge hauptsächlich von Preußen ab, da Oesterreich im Krieg durchaus kein direktes Interesse habe — sich in solcher Konsequenz fortsetzen, daß Weisheit und Mäßigung in der elften Stunde noch nicht Eingang finden in Preußen, daß der Krieg wieder beginne, so müsse England sich entschließen, welche Bahn es einzuschlagen habe.

Es ist offenbar aus der Sprache — so schließt der Artikel — und noch mehr aus dem Schweigen der Minister zu schließen, daß sie die Bedeutung der gegenwärtigen Krisis tief empfinden und überzeugt sind, daß nur die Aufrechthaltung der Würde des Landes sie im Amt halten kann. Worin ihre ersten Schritte bestehen werden, können wir uns nicht herausnehmen, zu prophezeien. Das aber liegt auf der Hand: da England in seiner Eigenschaft als Großmacht ersten Rangs und als Theilnehmer an dem Vertrag von 1852 in diese Verhandlungen eingetreten ist und von den kriegführenden Parteien seine Berechtigung zu eigenen Ansprüchen und Interessen anerkannt worden ist, so haben wir jetzt das Recht, von den beiden deutschen Mächten Mäßigung zu verlangen. Ob es klug sei, sofort einzuschreiten, und ob Schleswig oder ein Theil desselben mit brittischer Hilfe befreit werden könne, das sind politische oder militärische Fragen, welche sorgfältiger Erwägung bedürfen. Inzwischen sind wir der Ansicht, daß eine Suspendirung der diplomatischen Beziehungen die unverweilte Folge der Verwerfung unseres letzten Friedensvorschlags sein sollte. Es kann kein Gewinn dabei sein, wollten wir noch Vertreter bei solchen Höfen behalten, die England so verächtlich (!) behandelt haben. Nachdem dieser Schritt gethan ist, wird der Regierung die Entscheidung möglich sein, in welcher Weise sie den Protest, zu dem sie sich entschließen würde, am besten zur Geltung bringen könne.

London, 22. Juni. Das Reuter'sche Bureau meldet: Die preußische Antwort auf die englischen Vorschläge ist eingetroffen und lautet dahin, daß Preußen dieselben verwirft. Keine Macht, die auf der Konferenz repräsentirt ist, kann Schiedsrichter sein, und Preußen will das Votum des Schiedsrichters nicht als entscheidend anerkennen, sondern seinen Ausspruch blos zu eigener Beschlußfassung annehmen. Preußen wird keinen kürzern als einen zweimonatlichen Waffenstillstand annehmen.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 22. Juni. Nach dem vom Abg. Häusser der Zweiten Kammer erstatteten Bericht über die Untersuchungen verschiedener Gebirgsbahnen und die in Eisenbahn-Angelegenheiten eingekommenen Petitionen stellt die Kommission folgende Anträge:

1) Den Bau einer Bahn von Breisach nach Freiburg hält die Kommission für eine Sache, welche der Staat nicht geradezu ablehnen sollte, und beantragt in diesem Sinn, die betreffenden Petitionen der großh. Staatsregierung zu empfehlen.

2) Bezüglich der Bahn von Freiburg durch das Höllenthal nach Donaueschingen stellt die Kommission den Antrag: es sei das Projekt einer Höllenthal-Bahn, wenn auch der Bau einer Fortsetzung der Kinzigthal-Linie vorangehe, dadurch nicht ausgeschlossen, vielmehr die Erforschung einer möglichst bau- und betriebswürdigrn Linie der großh. Regierung zu empfehlen.

3) Bezüglich der Petitionen um eine Bahn von Denzlingen durch das Elzthal nach Donaueschingen, sowie von Haslach über Böhrenbach nach Donaueschingen beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

4) Bezüglich der Kinzigthal-Bahn stellt die Kommission den Antrag, die Petitionen, welche die Fortsetzung der Kinzigthal-Bahn über Triberg und St. Georgen befürworten, der großh. Regierung mit dringender Empfehlung zu überweisen, dagegen über die, welche sich um die Linie nach Schramberg und Weiler bewerben, zur Tagesordnung überzugehen.

5) Bezüglich der Petition um Erbauung einer Bahn von Stühlingen über Schleitheim nach Beringen beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

6) Die Petition verschiedener Bodensee-Gemeinden um Herstellung einer Verbindungsbahn zwischen der badischen und württembergischen Bahn am Bodensee beantragt die Kommission dem großh. Staatsministerium zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Baden.

Konstanz, 21. Juni. Der Große Rath von St. Gallen hat auf Ansuchen des Seethal-Komitee's die Konzession der Eisenbahn von Rorschach nach Romanshorn bewilligt, jedoch mit Vorzugsrecht für die Nordost-Bahn bis zum 31. Oktober d. J., dagegen mit Ausschluß der Linie Amrisweil auf 30 Jahre. Natürlich ist die „N. Zürich. Ztg." über diesen kühnen Griff der St. Galler „Souveränetätsüberei" höchlichst erbittert und meint, der einzig praktische Weg, den auch die drei im Großen Rath gegen die 112 bezeichnet hätten, sei der der Unterhandlung mit Zürich und Thurgau gewesen; sie ist der sichern Ueberzeugung, daß mit solchem verletzenden Vorgreifen nichts für die Sache gewonnen werde, höchstens daß nur von Rorschach nach Romanshorn gebaut werde. Für uns hier wahrlich für den Anfang genug! Denn dann wird gewiß nimmermehr nach Amrisweil gebaut.

Konstanz, 22. Juni. Es ist auffallend, wie zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten die Hundswuth auftritt. Der hier am letzten Samstag vorgekommene Fall hatte außer Dem, daß mehrere Hunde gebissen wurden, glücklicher Weise keine weiteren Folgen, indem das tolle Thier, das aus der Schweiz gekommen war, bald nach seinem Erscheinen in der Stadt selbst erschossen wurde. Die Hundesperre wird streng aufrecht erhalten, zum Verdruß einzelner sentimentalen Herzen, die die Noth ihres lieben Thiers näher anschauen, als die Schrecklichkeit auch nur eines Falls, wenn er einen Menschen träfe. — Auch im Kanton Schaffhausen ist Hundswuth vorgekommen, und in unserm Nachbarkanton Thurgau ist die Hundesperre mit strengen Strafen über den ganzen Kanton auf längere Zeit verhängt.

Vermischte Nachrichten.

— Dessau, 18. Juni. Die Erbprinzessin ist heute in Wörlitz, wo die Erbherrschaften seit einigen Wochen ihren Sommeraufenthalt genommen haben, von einem Prinzen entbunden worden.

— Der Kapitän des untergegangenen „Alabama" scheint doch etwas stark renommirt zu haben, denn mit großer Selbstgefälligkeit hatte er am Samstag im Cherbourger Hafen Allen, die sein Schiff besuchten, die „furchtbaren Entervorrichtungen" gezeigt, mit denen er dem „Kearsage" gerade auf den Leib gehen wollte. Wie der „Nord" meldet, hat er, ehe er zum Kampfe ausging, dem brasilianischen Konsul in Cherbourg sein und seiner Leute Geld (etwa 8 Millionen), sein Testament, seine Schiffspapiere und 45 Chronometer, die er als Andenken an die von ihm bisher gekaperten Schiffe aufbewahrt hatte, übergeben. Als der „Alabama" gesunken war, nahm der „Kearsage" sogleich 62 Mann auf; die übrigen gelangten an Bord der englischen Yacht. Die Boote des französischen Remorqueurs „Var", die der Seepräfekt zu Hilfe sandte, kamen erst an, als bereits sämmtliche Schiffbrüchige in Sicherheit waren. Dem „Kearsage" sind in dem Kampfe nur drei Mann verwundet worden. Nach dem „Phare de la Manche" haben die Kommandanten der beiden feindlichen Schiffe, die Kapitäne Semmes und Winslaw, früher auf demselben Schiffe gedient.

— Smith O'Brien, der Nachfolger O'Connel's, als feuriger Vertheidiger der irischen Rechte, ist zu Bangor (Wales) gestorben.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

22. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 0,36'''	+14,0	S.W.	ganz bew.	trüb, Regen
Mittags 2 „	„ 0,22'''	+19,5	„	schw. „	Sonnsch., warm
Nachts 9 „	„ 0,25'''	+14,0	„	rein	heiter, mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.654. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

In Folge höherer Ermächtigung wird mit dem **1. Juli d. J.** die Taxe einer einfachen Depesche bis zu 20 Worten

1) im Verkehr zwischen **Baden** und der **Schweiz** von 1 fl. auf 56 kr. oder 2 Frcs., und im Grenzverkehr (gegenseitige Entfernung der Stationen bis zu 5 geographischen Meilen) von 30 kr. auf 28 kr. (1 Frcs.),
2) im Verkehr zwischen **Baden** und der **Main-Neckar-Linie** von 50 kr. auf 35 kr. und im Grenzverkehr (gegenseitige Entfernung der Stationen bis zu 10 geographischen Meilen) von 50 kr. auf 28 kr.

ermäßigt.

Karlsruhe, den 21. Juni 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.
Poppen. Schädle.

Arbeitergesuch.

Z.k.611. Karlsruhe. Mehrere gute **Modellschreiner, Maschinenschlosser, Former, Kupfer- und Kesselschmiede** finden dauernde Beschäftigung bei der **Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.**

Kutscher-Gesuch.

Z.k.661. Auf 1. Juli oder 1. August wird ein Kutscher gesucht; doch nur solche, welche gute Zeugnisse aufzuweisen haben, können Berücksichtigung finden.

Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.k.619. Mannheim.

Offene Lehrlingsstelle.

In einem Kurzwaaren-Geschäft en gros & en detail ist eine Lehrlingsstelle (Israelit) sogleich zu besetzen.

Franko Offerten unter Nr. 618 besorgt die Expedition dieses Blattes.

Postgehilfenstelle-Gesuch.

Z.k.616. Ein im Post- und Telegraphendienst bewanderter junger Mann, dem gute Zeugnisse zur Seite stehen, sucht eine Stelle als Gehilfe. Der Eintritt könnte sogleich oder nach Monatsfrist geschehen.

Näheres ist zu erfragen bei der Expedition dieses Bl.

Vortheilhaftes Anerbieten.

Z.k.517. In einer frequenten Hauptstadt des Großherzogthums Baden ist ein in vorzüglicher Lage gelegenes und sehr rentables Geschäftshaus in Material-, Farb- und Kolonialwaaren, verbunden mit einer zweckmäßig hergestellten Einrichtung für chemische und technische Fabrikate, unter sehr vortheilhaften Bedingungen sogleich aus freier Hand zu verkaufen oder zu verpachten.

Nähere Auskunft in frankirten Briefen ertheilt die Expedition dieser Zeitung.

Z.k.587. Straßburg a. Rhein.

Spanische Weine.

Gebrüder Scholtz in Malaga empfehlen ihre echten **Malaga-** und **Madera-Weine** in Fäßchen von 15½, 31 und 62 Litres, sowie in Quartorolls von 117 Litres. Ihr Hauptagent für Elsaß, Süddeutschland und die Schweiz: **L. Merck, 34, Metzgergießen, in Straßburg a. Rhein.**

Z.k.476. Baden-Baden.

Zu verkaufen

das Haus Nr. 313 Lichtenthalerstraße in Baden-Baden.

Z.k.652. Forbach im Murgthal.

Gasthaus-Empfehlung.

Mein neu eingerichtetes Gasthaus zum **Löwen**, verbunden mit guter Küche, nebst reingehaltenen Weinen, empfiehlt unter Zusicherung billigster Preise bestens,

Forbach im Murgthal, den 21. Juni 1864,

Karl Kah.

Z.k.641. Karlsruhe.

Gutsverkauf.

Das Hofgut in **Unterneudorf** bei **Buchen** in sehr guter Lage wird Familienverhältnisse wegen aus freier Hand verkauft. Dasselbe besteht aus einem großen, massiv gebauten Wohnhause mit Garten; einem Oekonomiewohnhause mit Speicher; Stallung für 36 Stück Großvieh, Schweinstallung, zwei Scheunen, einer Holzremise, einer Obsttrotte, einer Schmiede und einem Kalkofen. Unter den Gebäuden sind drei gewölbte Keller; alle Gebäude sind mit Ziegeln gedeckt und in gutem Stande.

Sodann aus: 1 Morgen Hopfenacker; ungefähr 40 Morgen Baumgarten und Wiesen, darunter ca. 30 Morgen Wässerwiesen, 137 Morgen Ackerfeld und 140 Morgen forstwirthschaftlich eingerichtetem Wald mit haubarem Holze; zusammen 318 Morgen badisches Maß. Der größere Theil ist arrondirt. Auf dem ganzen Gute stehen über 1000 Obstbäume.

Kaufliebhaber erfahren die näheren Bedingungen auf dem Gute oder bei

A. Vogelmann in Karlsruhe.

Karlsruhe, den 22. Juni 1864.

Z.i.336. Nr. 485. Weinheim.

Hausversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung wird aus der Gantmasse des Cigarrenfabrikanten Andreas Ritz von hier bis

Montag den 18. Juli l. J.,
Nachmittags 4 Uhr,

im hiesigen Rathhause

ein dreistöckiges Wohnhaus mit überbauter Einfahrt, Hof, Scheuer, Stallungen, Holzremise, Schweinställen und Backofen, drei zusammenhängenden und einem unterm Holzhause befindlichen gewölbten Keller, sowie sonstigen Zugehörden im Mittelviertel dahier, einseits Handelsmann Johann Fuchs und Friedrich Gülch, anderseits, hinten und vorn gemeine Straße,

öffentlich zu Eigenthum versteigert und der endgiltige Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungspreis von 9500 fl. auch nicht erreicht werden sollte.

Weinheim, am 20. Juni 1864.

Der Vollstreckungsbeamte:
Stichs, Notar.

Z.k.664. Pforzheim.

Die Schützengesellschaft Pforzheim

wird am 7., 8., 9., 10. August d. J. das Kreisschießen für Nieder-Baden mit Prämien-Becher, Ehren- und Geldgaben

abhalten, wozu sie alle Schützen und Schützenfreunde freundlichst einladet.

Es wird nur aus freier Hand geschossen,
im Feldkehr auf 1000',
im Standkehr „ 580'.

Alles Nähere besagt das Programm, welches auf Verlangen mit Vergnügen zugesendet wird.

Pforzheim, den 25. Juni 1864.

Die Schützenmeister.

Z.k.659. **Radolfzell am Bodensee.**

Gasthaus-Verkauf.

Das bereits früher ausgeschriebene Gasthaus zum Schiff, bestehend im ersten Stock aus: drei Wirthschafts- und einem Schenkzimmer, einer großen Küche, zwei Kellern; im zweiten Stock aus zwölf Zimmern, und im dritten Stock ist mit wenig Kosten ein Tanzsaal mit weiteren sechs Zimmern, wozu die Räumlichkeit vorhanden, herzustellen, wird nunmehr im Versteigerungswege dem Verkauf ausgesetzt.

Ferner anstoßend: Scheuer, Stallung, Hofraum sammt Gärtchen.

Der Gasthof ist der einzige, ganz am Bahnhof und Schifflandungsplatz gelegene, bietet freien Ausblick auf den See, den Rhein und die Schweizeralpen

Die günstige und angenehme Lage, die Erbauung der Stockach-Ulmer Bahn, mit Einmündung am Platze, die starken Fruchtmärkte versprechen dem Käufer eine reichliche Erwerbsquelle.

Es findet in Folge vielseitiger Nachfrage die Versteigerung am

Mittwoch den 6. Juli,
Vormittags elf Uhr,

am Platze selbst statt, wozu die Kaufliebhaber mit dem Beifügen eingeladen werden, daß der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht ist, und daß fremde Steigerer legale Vermögenszeugnisse beizubringen haben, wie auch, daß die Kaufsbedingungen zuvor jederzeit bei der Unterzeichneten eingesehen werden können.

Radolfzell, im Juni 1864.

Xaver Müller's Wtb.
zum Schiff.

Z.i.342. Bühl.

Fahrnißversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden aus der Gantmasse des Kaufmanns Anton Erne in Bühl die nachverzeichneten Fahrnisse am

Montag den 27. Juni d. J.,
Vormittags 9 Uhr anfangend,

in dem Hause des Schuhmachermeisters Anton Haungs allda gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert, als:

eine Ladeneinrichtung,
eine Schwarzwälderuhr mit Vogelorgel,
eine goldene Damenuhr,
87 Paar goldene Ohrenringe,
25 goldene Brochen,
12 „ Ringe,
10 „ Granatschlösser,
6 „ Schlösser,
7 „ Kreuze,
7 „ Medaillons und
2 silberne Löffel.

Bühl, den 21. Juni 1864.

Der Gerichtsvollzieher:
Hänßel.

Z.k.655. Nr. 1473. Sinsheim.

Früchte-Versteigerung.

Dienstag den 28. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr, versteigern wir in unserm Geschäftszimmer gegen baare Zahlung vor der Abfassung unsern Kornvorrath von ungefähr 50 Malter, 400 Malter Spelz und den in etwa 280 Maltern bestehenden Haberrest.

Sinsheim, den 22. Juni 1864.

Großh. Stiftschaffnei.
Banz.

Z.k.656. Nr. 653. Freiburg.

Soumissionsbegebung.

In unserem Ausschreiben vom 13. d. Mts. wegen Erhöhung der beiden Flügel um ein drittes Stockwerk, ist die Schieferdeckerarbeit auf 137 fl. 40 kr. für je einen Flügel veranschlagt, während es 837 fl. 40 kr. heißen sollte.

Es wird deßhalb diese Arbeit nochmals zur Akkordbegebung im Soumissionswege ausgeschrieben und sind die Angebote hierwegen bis

Samstag den 2. Juli d. J.

schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift „Soumission" hieher abzugeben.

Freiburg, den 22. Juni 1864.

Klinische Hospitalverwaltung.

B.907. Nr. 10,029. Pforzheim. (Bekanntmachung.) Der Ehevertrag des Kaufmanns Karl Götz, d. d. Ettlingen, den 9. Mai 1864, mit Auguste, geb. Speck, allda, wornach jeder Theil 25 fl. in die Gemeinschaft einwirft, und alle übrige, gegenwärtige und künftige Fahrniß davon ausschließt, wurde unter O.Z. 64, Firma Götz & Haffner in Pforzheim, zum Gesellschaftsregister eingetragen.

Pforzheim, den 12. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dorner.

B.909. Nr. 10,254. Pforzheim. (Bekanntmachung.) Kaufmann Christian Erhardt und Jakob Friedrich Spieldeininger von hier betreiben seit 1. Januar 1856 auf hiesigem Platze eine Bijouteriefabrik unter der Firma:

Erhardt & Cie.
in
Pforzheim.

Der Associé Erhardt ist verheirathet und wird bezüglich dessen eherechtlicher Güterverhältnisse auf den Eintrag im Firmenregister Nr. 220 verwiesen.

Der Associé Spieldeininger ist gleichfalls, jedoch ohne Ehevertrag, verheirathet.

Beide Gesellschafter haben volles Vertretungsrecht.

Dies wurde unter O.Z. 92 zum Gesellschaftsregister eingetragen.

Pforzheim, den 11. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Gärtner.

B.908. Nr. 10,255. Pforzheim. (Bekanntmachung.) Kaufmann Christian Erhardt dahier betreibt seit mehreren Jahren auf hiesigem Platze ein Manufaktur- und Kurzwaarengeschäft unter der Firma:

Chr. Erhardt
in
Pforzheim.

In dessen Ehevertrag vom 5. Februar 1853 mit Karoline Katharine Becker von Durlach wurde bedungen, daß jeder Theil 100 fl. in die Gemeinschaft einwirft, und alles übrige beiderseitige Vermögen verliegenschaftet wird.

Dies wurde unter O.Z. 220 zum Firmenregister eingetragen.

Pforzheim, den 11. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Gärtner.

B.903. Nr. 10,623. Pforzheim. (Bekanntmachung.) Seit 1. Mai d. J. besteht dahier eine Kommanditgesellschaft unter der Firma:

A. de Brancas & Cie.

Einziger persönlicher Gesellschafter ist Bijouteriefabrikant August de Brancas von Pforzheim, bezüglich dessen eherechtlicher Güterverhältnisse der betreffende Eintrag bereits zum Firmenregister unter der Firma A. de Brancas gemacht wurde.

Der Wohnsitz der Gesellschaft ist nur auf hiesigem Platze.

Prokuraträger der Gesellschaft sind:
Fabrikant Adolf Kiehnle und
Fabrikant Julius Kiehnle von Pforzheim.

Dies wurde unter Nr. 93 zum Gesellschaftsregister eingetragen.

Pforzheim, den 13. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dorner.

B.904. Nr. 10,970. Pforzheim. (Bekanntmachung.) Die seither dahier bestandene Firma

W. Katz & C. Spahn

ist seit dem 15. Mai d. J. erloschen, was unter O.Z. 85 zum Gesellschaftsregister eingetragen wurde.

Pforzheim, den 12. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Gärtner.

Z.i.347. Nr. 5136. Bretten. (Erbvorladung.) Katharina Weingärtner und Franz Josef Weingärtner von Neibsheim, sowie Franziska Weingärtner, geehelicht gewesen an Peter Kuhn von Schönau bei Heidelberg, welche vor mehreren Jahren nach Amerika auswanderten, sind auf Ableben ihrer Schwester Maria Susanna Weingärtner von Neibsheim zur Erbschaft berufen.

Da ihre Aufenthaltsorte hier unbekannt sind, so werden sie oder ihre Rechtsnachfolger hiermit aufgefordert,

innerhalb drei Monaten,

von heute an, zur Erbtheilung dahier zu erscheinen, widrigenfalls die Erbschaft Denjenigen zugetheilt würde, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr gelebt hätten.

Bretten, den 21. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Bertsch.

Z.i.344. Nr. 8078. Säckingen. (Aufforderung und Fahndung.) Schuhmacher Johann Kaiser von Niederhof steht dahier wegen Betrugs in Vertragsverhältnissen, zum Nachtheil des Lederhändlers Salomon Rieser, Wolf Sohn, aus Sulzburg, im Betrage von 269 fl. 33 kr., in Untersuchung, ist aber flüchtig. Derselbe wird nun aufgefordert, binnen 4 Wochen dahier zu erscheinen und sich vernehmen zu lassen, widrigenfalls das Erkenntniß nach Lage der Akten gegen ihn gegeben werden wird. Zugleich bitten wir auf denselben zu fahnden und ihn im Betretungsfalle hierher einzuliefern. Säckingen, den 17. Juni 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Fischler.

Z.i.354. Nr. 7468. Rastatt. (Aufforderung und Fahndung.) Dragoner Leopold Jung von Bischweier hat sich aus seiner Garnison Schwetzingen ohne Erlaubniß entfernt und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Da derselbe hiernach der Desertion dringend verdächtig ist, so wird er hiermit aufgefordert, sich

binnen 6 Wochen

dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls er wegen Desertion in die gesetzliche Geldstrafe von 1200 fl. verfällt und seines Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt würde.

Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlag belegt und werden sämmtliche Behörden ersucht, auf denselben zu fahnden und ihn auf Betreten an uns oder an sein Kommando abzuliefern.

Rastatt, den 18. Juni 1864.

Großh. bad. Oberamt.
Schaible.

Z.k.631. Nr. 9280. Karlsruhe. (Diensterledigung.) Die Sporteleinnehmerei Mannheim mit einem jährlichen Gehalt, welcher bis zu 1000 fl. betragen kann, ist in Erledigung gekommen.

Die nach dem Normativ berechtigten Bewerber haben ihre Gesuche unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse innerhalb 14 Tagen bei unterfertigter Stelle einzureichen.

Karlsruhe, den 17. Juni 1864.

Steuer-Direktion.
Kühlenthal.
Hagmaier.

Frankfurt, 22. Juni 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.				Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.		93½ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.		102 G.
„	5% do. 1852 i. Lst.	80⅜ P.	„	4½% do.		102¼ P.
„	5% do. 1859 „ „	79 P.	„	4% do.		99⅛ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	3½% do.		92¼ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	83¾ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105		99⅝ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	67⅜ G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105		92½ P.
„	5% Met.-Obligat.	— —	Lrbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.		91 P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	60 G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.		89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54⅛ P.	Frankf.	3½% Obligation.		95⅜ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106¼ G.	„	3% do.		90½ G.
„	4½% do.	100⅞ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12		86⅜ P.
„	4% do.	95¾ P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105		88¼ P.
„	3½% Staatsch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld		— —
Bayern	4½% 1jährig	101¾ G.	„	2½% Schuld		45 G.
„	4½% ½jährig	102 G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.		99¾ G.
„	4% 1jährig	100 P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.		68¾ P.
„	4% ½jährig	100 P.	Schwd.	4½% Obligation.		94⅜ P.
„	4% Ablös.-Rente	99⅞ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.		94⅜ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28		100⅛ P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ G.	„	4½% Bern. St.-O.		101½ P.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.		93¾ P.
„	3½% do.	95½ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28		97½ P.
Baden	4% Obligation.	99¾ G.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881		50 P.
„	3½% do. v. 1842	92⅞ P.	„	6% do. r. 1882		53¾ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	102 G.	„	5% do. r. 1871		— —
„	4% do.	99½ G.	„	5% do. r. 1874		— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138¾ P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96 P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	796 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50 P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	198 bez.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50⅝ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅜ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	220 P.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78¾ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	72¼ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97½ P.	5% Bbh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	82½ G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105¾ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84¼ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100⅛ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	317 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	76½ G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	98¾ b. G.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	190 P.	4½% Ldwb.-Verb. Pr.-Obl.	102½ G.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111 G.	4% „ „ „	98½ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	67⅞ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99⅞ G.
Rhein-Nahe-Bahn	27⅜ G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwb.-Verb. Eisenbahn	145½ P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	245½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	98¾ P.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	106 G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111⅞ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅛ G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	153 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	124¼ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	91 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	130 G.
„ 250 fl. „ 1854	77 G.
„ 100 fl. Pr L 1858	133¼ P.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	83¼ G.
„ 100 fl. v. 1864	95½ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ G.
Bad. 50-fl.-Loose	112½ P.
„ 35-fl.- „	52½ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	54½ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	136⅛ P.
„ 25 fl. „ „ „	37⅝ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ bez.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	63 P.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	33½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	34¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86½ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅛ G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100¼ G.
Antwerpen	„	93⅝ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅞ G.
Berlin	„	105 G.
Bremen	„	96⅝ B.
Brüssel	„	93⅝ G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88⅞ B.
Leipzig	„	105 G.
London	„	118¾ B.
Maild. i. Fr. 200	„	94 G.
München	„	100 B.
Paris	„	94¼ B.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	101¼ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½	-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½	-49½
Rand-Ducat.	„	5 33	-34
20-Frankenst.	„	9 24	-25
Engl. Sover.	„	11 48	-52
Russ. Imper.	„	9 41	-43
Gold pr. Zpfd.	„	803	-808
5-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„	30 24	G.
Rand-20r.	„	30 12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52	6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45	-45¼
Doll. in Gold	„	2 27	-28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg